

Grüner Eigenheimbewohner verbietet Bau von Einzelhäusern



Von MANFRED W. BLACK | Ein kleines Idyll: In einer grünen Siedlung in der City Nord von Hamburg – da wohnt er, der grüne Amtsleiter des Bezirks Nord der Hansestadt, Michael Werner-Boelz.

Er hat mit seiner Forderung nach einem Verbot des Baus von Einfamilienhäusern und von Reihenhäusern bundesweit für eine lebhafteste Debatte gesorgt. Werner-Boelz, in Hamburg einer der führenden Grünen-Politiker, ist eine Art Bezirks-Oberbürgermeister.

Selbst in einem Reihnhaus gemütlich gemacht

In diesem Hamburg-Bezirk Nord – mit 340.000 Einwohnern eine eigene Großstadt innerhalb der Weltstadt Hamburg – hat es sich der studierte Soziologe allerdings privat seit 30 Jahren in einem Reihnhaus mit Keller und Garten gemütlich gemacht. In einem der wenigen noch vorhandenen lauschigen Quartiere dort.

Werner-Boelz' Haus gehört passenderweise der Saga, dem größten deutschen kommunalen Wohnungsbau-Unternehmen, das im Besitz der Stadt Hamburg ist. Vielleicht deswegen zahlt Werner-Boelz eine auffallend niedrige Miete: 650 Euro kalt. Fast geschenkt also für Hamburger Verhältnisse.

Wird jetzt ein Traum linker Ideologen wahr?

Michael Werner-Boelz hat schon bei seinem Amtsantritt 2020 demonstrativ erklärt, kein neues Einfamilienhaus in seinem Bezirk mehr zulassen zu wollen. Der Gebäudetyp sei ineffizient und nehme zu viel Platz weg.

Tatsächlich dürfen im Bezirk Hamburg-Nord seit einem Jahr keine neuen Einfamilienhäuser und Reihenhäuser mehr entstehen. Der Landesvorsitzende des CDU-Wirtschaftsrates, Henneke Lütgerath, erklärte zu diesem Verbot: In der Hansestadt Hamburg sei „ein Traum linker Ideologen wahr geworden“.

Mit dem Verbot des Baus von Einfamilienhäusern in Stadtteilen wie Fuhlsbüttel und Langenhorn hätten SPD und Grüne „sichtbar für jeden ihre grundsätzliche Abneigung gegenüber Eigentum unter Beweis gestellt“.

Links blinken, rechts abbiegen

Anfang Februar 2021 hat Werner-Boelz erneut zu Protokoll gegeben: „Die Entscheidung, dass in Nord in neuen Bebauungsplänen keine Einfamilien- oder Reihenhäuser mehr genehmigt werden, war ein wichtiger Schritt.“ Die „Bild-Zeitung“ schrieb dazu in ihrer regionalen Hamburger Print-Ausgabe: „Klingt nach einem typischen Fall von ‚links blinken und rechts abbiegen‘.“

„Bild“ fragt dazu: „Warum wohnt Werner-Boelz dann nicht in einer Etagenwohnung?“. Dürfe „man von anderen verlangen, auf eine Wohnform zu verzichten, die man selber nutzt?“

Dazu hat der grüne Reihenhausbewohner unbeeindruckt Stellung genommen. Werner-Boelz halte eine solche Fragestellung für falsch: „Meine persönliche Wohnsituation hat nichts mit der politischen Entscheidung der grün-roten Bezirkskoalition zu tun, künftig keine Einfamilienhäuser mehr in Neubaugebieten zuzulassen. Verbot ist ein völlig falscher Begriff.“

Der grün-rote Koalitionsvertrag macht's möglich

Angeblich, so Werner-Boelz, könne man auf bislang dafür ausgewiesenen Flächen weiter Einfamilienhäuser bauen. Zumindest theoretisch. Der Bezirksamtsleiter weiter: „Wir müssen aber den Fakt anerkennen, dass die Bauflächen im Bezirk endlich sind. Das ist kein Hirngespinnst, das ist ein echtes Problem in vielen Metropolen.“

Fakt ist jedenfalls: „Die grün-rote Bezirkskoalition verbietet in neuen Baugebieten de facto Einfamilienhäuser, wenn sie ausschließlich auf ‚hochverdichtete Quartiere wie (in) Eppendorf oder Winterhude‘ setzt“ („Bild“).

So steht es im Koalitionsvertrag für den großstädtischen Hamburger Bezirk, den die dort regierenden Grünen und die SPD beschlossen haben. Da beißt die Maus keinen Faden ab.

Köln: Grüne wollen Einfamilienhäuser „ablösen“

Hamburg ist beileibe kein Einzelfall. In Köln zum Beispiel wollen die Grünen das Einfamilienhaus mit radikalen Ideen „ablösen“. Darüber berichtete der „Kölner Stadtanzeiger“ schon 2019 ausführlich. In der rheinischen Millionenstadt sollen möglichst „viele Wohnungen auf bereits versiegelten Flächen wie Industriegebieten entstehen“ („Badische Neueste Nachrichten“). Fortan könnten Parkplätze, Straßen, Gleise und Supermärkte überbaut werden. Und besonders Hochhäuser werden als zusätzliche Alternative gehandelt.

Die „BNN“ schrieb: „Unter dem Begriff Downsizing fordern die Grünen, dass sich Menschen mit weniger Wohnraum begnügen.“ Ein besonders origineller Vorschlag der Grünen lautet: „Rentner könnten beispielsweise in Wohngemeinschaften leben“.

Dass die Wohnungsknappheit in Deutschland vor allem damit zusammenhängt, dass die Bevölkerungszahlen durch die millionenfache Zuwanderung von „Schutzbedürftigen“, die de facto gar keine politischen „Flüchtlinge“ sind, von Jahr zu Jahr steigen, sagen die Grünen nicht. Multikulturell soll es vor allem sein – im Zweifelsfall auf Kosten der indigenen

Deutschen.